

Vermerk:

17.10.2017 I.B.

Rechtliche Überprüfung des Änderungsvertrages zum Abwasservertrag -443- mit BWB

Die Überprüfung des Änderungsvertrages erfolgt vor allem unter Beachtung der folgenden Aspekte:

- Bedeutung des Vertrages für den Verband
- Notwendigkeit eines Änderungsvertrages zum jetzigen Zeitpunkt
- Finanzielle Auswirkungen, Kostenrisiko
- Bindungswirkung, Dauer und Lösungsrechte

Aufgrund der genannten Aspekte konzentriert sich die genauere Prüfung auf die Passagen der Präambel, der Änderungen zu § 1 Abs. 4 lit. e) und der Änderungen zu § 9. (Weiterhin werden Aspekte der Formulieren des Altvertrages bei den §§ 1 Abs. 5, § 2, 3, 6 Abs. 2 und Abs. 3, § 7, § 8 Abs. 2, § 10 begutachtet.)

I. Die Präambel des Änderungsvertrages

Bei der Begutachtung der Präambel des Änderungsvertrages stellt sich die Frage, welche finanziellen Folgen mit der Formulierung verbunden sind, dass die Kosten, welche für die Klärwerke der BWB zukünftig anfallen werden, verursachergerecht vom Verband zu tragen sind.

Bei den Kosten handelt es sich um die Investition, die BWB vornehmen muss, um die Klärwerke aufgrund der höheren Anforderungen an die Reinigung umzurüsten. Die Kosten hierfür sind von Seiten der BWB zurzeit nicht klar bezifferbar. Die Umrüstung bzw. Investition ist aber für BWB gesetzlich vorgeschrieben. Hinter der verursachergerechten Kostentragung steckt die Verpflichtung von BWB, die eigenen Kosten genauer von denen zu trennen, die durch die aufleitenden Verbände entstehen. Dies wurde dem BWB durch den Rechnungshof aufgelegt.

In rechtlicher Hinsicht wäre eine andere Formulierung besser, welche auch einer Absichtserklärung entspricht, also nicht „Kosten sind zu tragen“ sondern „sollen getragen werden“. Die Verwendung „sind“ drückt an dieser Stelle aus, dass man sich über die Kostentragung im Grunde einig ist, und es nur auf die Art und Weise oder die Höhe in der konkreten Umsetzung gehen soll. Andererseits muss die Formulierung im Zusammenhang mit dem letzten Satz, dass eine Anpassung der vertraglichen Regelungen erfolgen soll, gelesen werden, was gerade keine Verpflichtung an dieser Stelle im Grunde, sondern die Absicht die Vertragsanpassung unter diesem Aspekt vornehmen zu wollen, bedeutet.

Im Zusammenhang mit § 6 des Altvertrages stellte sich die Frage, wie sich die beabsichtigte Kostentragung zum Entgelt verhält. Wie auch beim Verband selbst ist davon auszugehen, dass der von BWB veranschlagte Preis kalkulatorisch bereits Investitionen und Sanierungen der Anlagen beinhaltet, sodass hier ein Risiko der doppelten Kostenverpflichtung bestehen könnte.

Unter der Annahme, dass die Aussagen von BWB hinsichtlich der Vorgaben des Rechnungshofes zutreffend sind, ist es eher unwahrscheinlich, dass sich aus der Formulierung der Präambel eine Zahlungsverpflichtung ergibt, auf die der Verband keinen Einfluss mehr nehmen kann. Die Absichtserklärung zur Kostentragung ist unter dem Aspekt der auf Dauer angelegten Zusammenarbeit eine nachvollziehbare Formulierung. Angesichts der Bedeutung des Vertrages für den Verband sollte aufgrund des in der Formulierung enthaltenen Kostenrisikos vom Änderungsvertrag nicht Abstand genommen werden. Schließlich ist es nur recht und billig, dass der Verband sich im Rahmen seines Anteils an den auch für ihn zu tätigen Investitionen und Sanierungen beteiligt.

Dem Verband muss aber bei Unterzeichnung des Vertrages bewusst sein, dass eine Vereinbarung mit BWB auch zu einem späteren Zeitpunkt wahrscheinlich nicht ohne weitere Kosten getroffen werden kann.

II. § 1 Abs. 4 des Änderungsvertrages

Dieser Passus des Änderungsvertrages beinhaltet nach dem Wortlaut eine Verpflichtung zu Maßnahmen über einen Aufgabenbereich, der dem Verband nach seiner Satzung und den Gesetzen des Landes Brandenburg nicht zugeordnet ist. Die Beseitigung von Niederschlagswasser ist Aufgabe der Gemeinden. Insoweit sollte der Verband natürlich keine Verpflichtungen eingehen.

Allerdings ist es faktisch so, dass der Verband sich mit der Beseitigung von Niederschlagswasser im Allgemeinen schon aufgrund des Eindringens des Wassers in die Schmutzwasserkanäle und aktuell in diesem Jahr besonders aufgrund der Starkregenereignisse beschäftigen muss. Der Verband leitet daher auch Niederschlagswasser an die BWB auf, was bekanntermaßen zur Überschreitung der Einleitmenge in diesem Jahr geführt hat. Der Verband entwickelt daher zurzeit Konzepte zur Bewältigung dieser Ereignisse und zur Verhinderung der Überschreitung der Einleitmengen, sodass die im Vertrag vereinbarten Maßnahmen zur Optimierung der Kanalbewirtschaftung ohnehin vorgenommen werden.

Da Niederschlagswasser faktisch vom Verband eingeleitet wird, kann gegenüber BWB nicht mit dem Argument verhandelt werden, man sei dafür nicht zuständig. Hinsichtlich der Frage, was die Verpflichtung in § 1 Abs. 4 beinhaltet, so ist die Verpflichtung, konkrete Maßnahmen wie den Bau eines Speicherbeckens vorzunehmen, weich formuliert. Der Passus enthält daher nur ein geringes Maßnahmen- und Kostenrisiko.

III. § 9 des Änderungsvertrages

Der alte Vertrag hat eine Laufzeit bis zum 31.12.2019 und verlängert sich stillschweigend um 5 Jahre, falls er nicht zwei Jahre vor Zeitablauf gekündigt wird.

Spricht keiner der Vertragspartner eine Kündigung aus, gilt der Vertrag bis zum 31.12.2024. Soweit dann allerdings im März 2018 der Änderungsvertrag von der Verbandsversammlung bestätigt wird, gilt der Vertrag bis zum 31.12.2029 (§ 9 Abs. 2). Dieser Vertrag würde sich um fünf Jahre, also bis zum 31.12.2034 verlängern, wenn nicht eine Partei bis zum 31.12.2025 kündigt. Daher kann zunächst eine Laufzeit bis zum 31.12.2029 festgehalten werden.

Aufgrund der in der Präambel festgehaltenen Überprüfung des Vertrages im Jahr 2020, hier sollen aufgrund der von BWB im Jahr 2019 getätigten und weiter noch zu tätigen Investitionen alle Regelungen des Vertrages, insbesondere die Preisgleitklausel und auch neue Regelungen aufgrund der beabsichtigten Kostentragung überprüft werden, enthält der Änderungsvertrag ein einseitiges Kündigungsrecht der BWB (§ 9 Abs. 5).

Nach der Formulierung ist davon auszugehen, dass ab dem Jahr 2019 bis zum 31.12.2020 über eine Neugestaltung verhandelt wird. Wenn es zu keiner einvernehmlichen Anpassung kommt, kann BWB nach § 9 Abs. 5 den Vertrag bis zum 31.12.2020 und mit Wirkung zum 31.12.2024 kündigen. Dieser Termin entspricht dem regulären Laufzeitende des ursprünglichen Vertrages bei stillschweigender Verlängerung.

Die Formulierung in § 9 Abs. 5 weicht die in der Präambel verwendete Formulierung „Kosten sind zu tragen“ wieder auf und konkretisiert, dass der Vertrag insgesamt überprüft werden soll, sodass vermutet werden kann, dass die Formulierung in der Präambel nicht bewusst so scharf gewählt wurde.

IV. Ergebnis – Handlungsvorschlag

Es erscheint sinnvoll gegenüber BWB nachzufragen, in wieweit die entstehenden Kosten bereits in dem vom Verband zu zahlenden Entgelt enthalten sind bzw. sein werden und inwieweit beabsichtigt ist, hierzu zusätzliche Vereinbarungen zu treffen. Es muss sichergestellt sein, dass der Verband nicht doppelt für die Investitionen zahlt. Da § 9 Abs. 5 aber eine Überprüfung insgesamt vorsieht, sind diese Fragen womöglich erst zum Zeitpunkt der Überprüfung zu stellen.